

## 5. Umfang und Höhe der Ausgleichszahlung

### 5.1 Ausgleichsfähige Schäden

<sup>1</sup>Ausgleichsfähig sind die nach Nr. 2 beantragten und anerkannten Fischotterschäden. <sup>2</sup>Die Berechnung der anerkannten Schadenssumme erfolgt in folgenden Schritten:

- Ermittlung des Gesamtverlustes in % =  
$$[\text{Besatzmenge in Stück} - \text{Abfischmenge in Stück}] / \text{Besatzmenge} * 100$$
- Ermittlung des Verlustes durch Fischotter in % =  
$$[\text{Gesamtverlust in \%} - \text{Verluste durch andere Ursachen in \%}]$$
- Berechnung der Verluste durch Fischotter in kg =  
$$[\text{Verlust durch Fischotter in \%} * \text{Besatzmenge in Stück} * \text{durchschnittliches Endgewicht/Stück}]$$
- Berechnung der Schadenssumme durch Fischotterschäden in EUR =  
$$[\text{Verlust durch Fischotter in kg} * \text{Marktpreis der jeweiligen Fischart/kg}]$$

<sup>3</sup>Die angegebenen Daten sind vom Fischotterberater auf Grundlage der betrieblichen Daten (z. B. Rechnungen) beim Vor-Ort-Termin zu plausibilisieren. <sup>4</sup>Als andere Verlustursachen sind definiert: Theoretische Normalverluste (Abzug erfolgt immer), Krankheits-, Haltungs-, andere Raubtierverluste (Abzug erfolgt auf Basis der Betriebsdaten und der örtlichen Gegebenheiten).

### 5.2 Höhe der Ausgleichszahlung

<sup>1</sup>Es können max. 100 % der anerkannten Schadenssumme ausgeglichen werden. <sup>2</sup>Nicht ausgeglichen werden anerkannte Schadensbeträge, die unter 500 € liegen (Bagatellgrenze). <sup>3</sup>Nach Feststellung des Gesamtbetrags der anerkannten Schäden für alle Anträge, wird die Höhe der Ausgleichszahlung in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln berechnet.

### 5.3 Kumulierung

<sup>1</sup>Der Begünstigte hat gegenüber der Bewilligungsbehörde alle Zahlungen oder sonstigen geldwerten Leistungen Dritter (z. B. andere öffentliche Mittel, Versicherungsleistungen) offenzulegen. <sup>2</sup>Die Bewilligungsbehörde berücksichtigt diese Angaben bei der Berechnung der Ausgleichszahlung. <sup>3</sup>Diese dürfen nicht zu einer Überschreitung der Beihilfemaximalintensität führen.